

22. Juni 2022

**Postulat**

von Johann Widmer (SVP)  
und Samuel Balsiger (SVP)

Der Stadtrat wird aufgefordert zu prüfen, wie er die Öko-Vetternwirtschaft im Bereich der Projekte für den «Klimaschutz» stoppen kann.

Insbesondere soll ausgeschlossen werden, dass Mitglieder des Stadtrates, des Gemeinderates und weiterer politischer Gremien entweder direkt oder indirekt über nahestehende Personen oder Lobbyisten sich an mit Steuergeldern finanzierten Öko-Projekten beteiligen können. Das Moratorium soll während der Amtsdauer und weiteren fünf Jahren darüber hinaus gelten.

**Begründung:**

Unzählige Beispiele belegen: Politiker mit zu viel Macht laufen Gefahr, politische Entscheide zu ihrem persönlichen Nutzen zu beeinflussen. Rot-Grün ist in der Stadt Zürich nun schon seit rund 30 Jahren an der Macht.

Damit nicht wieder neue Skandale die Zürcher Politlandschaft erschüttern, soll im Sinne einer guten Corporate Governance frühzeitig dafür gesorgt werden, dass Öko-Vetternwirtschaft bei zukünftigen «Klimaschutz»-Projekten nicht vorkommt.

Das hanebüchene «Netto-Null»-Ziel soll in verhältnismässig wenigen Jahren zwölf Milliarden (!) Steuerfranken verschlingen. Die Gefahr von Öko-Vetterliwirtschaft ist demnach gigantisch. Deshalb schießt die Anzahl der Öko-Firmengründungen bereits in die Höhe. Leider finden sich bei den Firmengrüdern immer mehr grüne und grünliberale Politiker oder ihnen nahestehende Personen und Lobbyisten.

*J. Widmer*

*Samuel Balsiger*